

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**1
82**

Union in Deutschland

Adenauers freier Sohn

Bonn, den 14. Januar 1982

Liebe Freunde,

der Beginn dieses Jahres ist von äußereren und inneren Erschütterungen gekennzeichnet.

In Polen erleben wir, wie das Streben eines tapferen Volkes nach mehr Freiheit, Selbstbestimmung und Bürgerrechten brutal unterdrückt wird. Das also ist die neueste Errungenschaft des realen Sozialismus: eine kommunistische Militärdiktatur. Beschämend für uns Deutsche ist es, zu erleben, wie die Regierung und vor allem der SPD-Vorsitzende Willy Brandt reagieren: sie beschwichtigen und haben Verständnis für die Sowjetunion. Der moralische Anspruch der SPD schmilzt wie Schnee in der Sonne, sobald die Interessen der Sowjetunion berührt sind, die tragischen Ereignisse in Polen beweisen: Es gibt keinen dauerhaften Frieden in Europa, solange die Völker unterdrückt werden, es gibt auf Dauer keinen wirklichen Frieden ohne Freiheit und Gerechtigkeit.

Freiheit und Gerechtigkeit: daran wird sich auch in Zukunft unsere Außenpolitik orientieren. Wir können diese Grundwerte aber nach außen um so glaubwürdiger vertreten, je mehr wir sie bei uns zu Hause verwirklichen. Das bedeutet konkret: Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat auch im Jahre 1982 oberste Priorität für die CDU. Wir werden in Kürze ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf der Grundlage der Hamburger Beschlüsse vorlegen. Dabei werden die Bildung von Eigenkapital der Unternehmen, die Beseitigung der Investitionshemmnisse, die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand und eine ergänzende qualitative Arbeitsmarktpolitik im Mittelpunkt unserer Vorschläge stehen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ INFORMATION

Beamtenstreikrecht soll diesen Staat schwächen Seite 4

■ POLEN

Isolierung im Westen schadet den deutschen Interessen Seite 5

■ KOALITION

Bonn hilflos: Nichts wie Steuererhöhungen Seite 9

■ ARBEITSLOSIGKEIT

Zahl der Arbeitslosen wird auch im Januar weiter ansteigen Seite 11

■ WOHNUNGSBAU

Initiativen für eine zeitgerechte Wohnungspolitik Seite 13

■ VERFASSUNGSFEINDE

Urteil klärt Beamtenpflichten Seite 14

■ DOKUMENTATION

Pazifismus 1981 grüner Teil

■ REGISTER

für die Nummern 28 bis 40/1981 gelber Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Die wirtschaftlichen und sozialen Belastungen des Jahres 1982 zeigen am deutlichsten, daß wir eine andere Politik und eine bessere Regierung brauchen. Diese Wende zum Besseren wird vor allem durch die FDP verhindert, die sich nach wie vor an die SPD ketzt. Sie beruft sich dabei — wie neulich beim Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart der Landesvorsitzende Morlok — immer wieder auf den Wählerauftrag, der angeblich die Koalition mit der SPD beinhaltet. Der Wählerauftrag für die FDP lautet aber, liberale Politik durchzusetzen.

Jedermann weiß inzwischen, daß dies mit der SPD nicht mehr geht: In der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind falsche Kompromisse, aber keine liberale Politik mehr möglich. Die Auffassungen der FDP über die politischen Maßnahmen, um die Wirtschaft wiederzubeleben, die Arbeitslosigkeit zu verringern, die staatlichen Schulden abzubauen, sind denen der CDU sehr ähnlich und stimmen in den wichtigsten Punkten mit unseren Beschlüssen überein, z. B.:

- Förderung der privaten Investitionen und der Eigenkapitalbildung,
- Beseitigung der Investitionshemmnisse beim Wohnungsbau, in der Energiewirtschaft, bei den neuen Medientechniken,
- qualitative Arbeitsmarktpolitik, wie Arbeitsplatzteilung und eine flexible Lebensarbeitszeit.

Hinzu kommt, daß eine grundsätzliche und allgemeine Verbesserung des Investitionsklimas mit der alten Regierung nicht mehr erreicht werden kann. Auch in der Außen- und vor allem der Verteidigungspolitik sind die Gemeinsamkeiten zwischen der FDP und der Union inzwischen größer als zwischen der FDP und SPD.

Zwischen der CDU und FDP gibt es keine politisch unüberbrückbaren Gegensätze mehr. Wenn es der FDP also darum geht, „möglichst viel liberale Politik“ durchzusetzen, muß sie die Koalition wechseln oder den Weg für Neuwahlen freimachen.

Wenn die Freien Demokraten dennoch an der Koalition mit der SPD bis 1984 festhalten, nehmen sie bewußt in Kauf, daß sich die innen- und außenpolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland immer weiter verschlechtert.

Wenn die Freien Demokraten einen neuen Anfang in der deutschen Politik verhindern, tragen sie ganz konkret die Verantwortung, z. B. für die Konkurse Tausender deutscher Unternehmen, für die Millionenarbeitslosigkeit und für die zunehmende Belastung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses.

Wir werden die Freien Demokraten aus dieser Diskussion nicht mehr entlassen.

Im Jahr 1982 finden wichtige Landtagswahlen statt: in Niedersachsen, Hamburg, Hessen und Bayern. 20 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland werden die Gelegenheit haben, mit ihrem Stimmzettel die politischen Weichen zu stellen. Obwohl sicherlich bundespolitische Gesichtspunkte bei diesen Wahlen eine Rolle spielen, so sind es doch in erster Linie Landtagswahlen, in denen über die Politik des jeweiligen Landes entschieden wird. In keinem dieser Länder sind SPD und FDP eine überzeugende Alternative zur CDU. Die CDU hat überall gute Chancen.

Sie hat allen Anlaß zu einem begründeten Optimismus. Vor den Erfolg aber — so sagt ein altes Sprichwort — haben die Götter den Schweiß gesetzt. Wir müssen uns noch mehr anstrengen als bisher, wir brauchen die ideelle und auch die finanzielle Unterstützung von möglichst vielen Mitgliedern und Wählern. Ich rufe Sie deshalb auf, verstärkt

Was die Bevölkerung von 1982 erwartet

Frage: „Sehen Sie dem neuen Jahr mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Mit Hoffnungen	48	27	45	48	60	54	61	53	58	53	65	58	44	61	62	65	49
Mit Befürchtungen	23	43	26	21	14	18	11	20	15	18	8	13	25	13	11	10	18
Mit Skepsis	17	17	14	16	12	13	12	14	14	14	12	14	18	14	13	13	19
Unentschieden	12	13	15	15	14	15	16	13	13	15	15	15	13	12	14	12	14
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Mit Hoffnungen	52	56	65	63	54	44	60	30	44	52	54	55	60	51	34	32
Mit Befürchtungen	19	14	10	13	18	24	13	34	25	15	15	14	10	16	27	32
Mit Skepsis	19	19	14	14	17	20	17	24	21	24	21	19	17	21	29	28
Unentschieden	10	11	11	10	11	12	10	12	10	9	10	12	13	12	10	8
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Umfragen jeweils im Dezember im Bundesgebiet und in West-Berlin,
je 200 Personen/Institut für Demoskopie Allensbach

neue Mitglieder für die CDU zu werben und dazu Mitglieder-Werbewochen durchzuführen. Ich werde in den nächsten Wochen eine Dokumentation darüber vorlegen, welche Aufgaben politische Parteien nach Verfassung und Gesetz haben und welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit sie diese auch erfüllen können.

Wir werden in den nächsten Wochen darangehen, die Aufträge des Hamburger Parteitages zu erfüllen. Der Bundesvorstand wird in seiner Sitzung am 18. Januar die entsprechenden Beschlüsse fassen. Ich möchte Sie vor allem bitten, die Diskussion mit unseren jungen Mitbürgern fortzusetzen, für die der Hamburger Parteitag ein so wichtiges Signal gewesen ist.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gutes und friedliches neues Jahr und uns allen eine gute Arbeit im Dienste unserer gemeinsamen Sache.

Mit freundlichen Grüßen

Heiner Geißler
(Heiner Geißler)

■ INFORMATION

Beamtenstreikrecht soll diesen Staat schwächen

Ein Streikrecht für Beamte, wie es der ÖTV-Vorsitzende Kluncker wiederum gefordert hat, wird von der CDU/CSU-Fraktion strikt abgelehnt. Der Unionsabgeordnete Werner Broll, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, wies mahnend darauf hin, daß der Beamtenstatus die Funktionsfähigkeit des Staates sichert. Auch ein partielles Streikrecht, etwa zur Durchsetzung von Gehaltsforderungen, widerspreche nicht nur den grundgesetzlich gesicherten Prinzipien des Beamtenstatus, sondern würde auch den Staat schwer belasten. Die Anwendung von Streikmaßnahmen im Bereich des öffentlichen Dienstes müßte zu Überlegungen führen, wie weit der Monopolcharakter bestimmter staatlicher Leistungen und Dienste überhaupt einen Streik erlaube. Ein Streik eines Teiles der Bediensteten gegen das Ganze sei mit einem Streik etwa der Arbeitnehmer gegen bestimmte Unternehmensleitungen nicht mehr vergleichbar.

In diesem Zusammenhang kritisierte Broll erneut die Tendenz der Bundesregierung, Beamtenstellen zunehmend durch Angestellte zu besetzen. Hierdurch sei der öffentliche Dienst ohne Not streikfälliger gemacht worden.

Kein Anspruch auf ein „Widerstandsrecht“

Helmut Kohl hat dem Anspruch bestimmter Gruppen in der Bundesrepublik auf ein „Widerstandsrecht“ gegen parlamentarische Mehrheitsentscheidungen widergesprochen. Im Grundgesetz sei ein Recht auf „Widerstand“ gegen demokratisch legitimierte Beschlüsse nicht vorgesehen.

Die Verfassung kenne nur ein Recht auf Widerstand gegen alle Bestrebungen, die parlamentarische Demokratie aus den Angeln zu heben. Kohl wandte sich damit gegen Wortführer des Protests gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Mit Begriffen wie „ökologischer Bürgerkrieg“ und „ökologischer Holocaust“ sei versucht worden, den Haß auf die Rechts- und Verfassungsordnung sowie „aktiven Widerstand“ gegen Mehrheitsentscheidungen der Parlamente der Bundesrepublik zu rechtfertigen. Kohl sprach von „radikalen Minderheiten“, die den Staat erpressen und damit lächerlich machen wollten.

Reformierte klassische Juristenausbildung

Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, Friedrich Vogel, und der Justizminister des Freistaates Bayern, Karl Hillermeier, veröffentlichten am 28. Dezember 1981 in Bonn ein Modell des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) zur Neuordnung der Juristenausbildung. Der BACDJ-Beschluß steht unter dem Titel „Reformierte klassische Juristenausbildung“. Eine solche ist in der nächsten Zeit erforderlich, da die derzeitige Experimentierphase in der Juristenausbildung 1984 ausläuft. Die Vorschläge des BACDJ verbinden die Vorzüge der herkömmlichen Ausbildung mit positiven Erfahrungen aus Versuchen mit einstufigen Ausbildungsgängen.

Das Modell und Erläuterungen hierzu sind erhältlich über den

Geschäftsführer des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, Rechtsanwalt Erhard Hackler, Konrad-Adenauer-Haus, Friedrich-Ebert-Allee 73—75 5300 Bonn 1 Tel. (02 28) 54 44 51/4 57

■ POLEN

Isolierung im Westen schadet den deutschen Interessen

Die Bundestagsfraktion hat ihre Arbeit 1982 traditionsgemäß mit einer Sitzung in Berlin begonnen. Nach einem Bericht des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker über die Lage in Berlin gab Helmut Kohl einen Ausblick auf die politischen Schwerpunkte zu Beginn des neuen Jahres. Die Fraktion verabschiedete außerdem einstimmig einen Entschließungsantrag für die Debatte über die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 14. Januar.

Helmut Kohl erklärte: 1982 ist ein Jahr wichtiger Weichenstellungen für die deutsche Außen- und Innenpolitik und damit auch für die CDU/CSU. Die Krise in Polen hat nicht nur den Schleier zerstört, der die tatsächliche Entwicklung in den kommunistischen Einparteidiktaturen vor allem im letzten Jahrzehnt der sogenannten Entspannungspolitik verhüllt hat. Die polnische Krise hat zugleich in bedrückender Weise den besorgnisregenden Zustand des westlichen Bündnisses und vor allem der deutsch-amerikanischen Beziehungen offengelegt.

Die Lage In Osteuropa

Die kommunistischen Staaten, einschließlich der Sowjetunion, stecken in einer tiefgreifenden politischen und ökonomischen Strukturkrise. Sie ist mit den Methoden des demokratischen Zentralismus Lenins, mit anachronistischen wirtschaftlichen Planungsmethoden und mit diktatorischer und militärischer Gewalt auf Dauer nicht

mehr lösbar; wenn auch kurzfristig für die sowjetische Führung immer noch beherrschbar.

Die Lage im Westen

Der freie Westen weiß auf diese Strukturkrise in den kommunistischen Staaten keine, schon gar keine gemeinsame Antwort. Das Bündnis selbst treibt einer Entwicklung zu, die international wie auch national destabilisierend wirkt.

Für 1982 stellen sich deshalb für uns als CDU/CSU wichtige Aufgaben:

① Die Grundlagen deutscher Außenpolitik müssen stabilisiert werden. Das Bündnis muß gefestigt und die Freundschaft mit den USA intensiv gepflegt werden.

Die Vertrauenskrise so wichtiger Bündnispartner wie USA und Frankreich gegenüber der Bundesrepublik, wie sie jetzt in der öffentlichen Meinung dieser Länder zum Ausdruck kommt, gefährdet die deutschen Interessen existentiell. Wir drohen nicht nur in eine internationale Isolierung zu geraten, sondern verspielen ein Vertrauenskapital, das in nationalen Krisen, wie z. B. in einer neuen Berlinkrise, bedrohlich werden kann.

② Die Instrumente der Abstimmung und Zusammenarbeit im Bündnis müssen dringend überprüft werden. Es fehlt dem Bündnis an einer übereinstimmenden Analyse der Politik der Sowjetunion. Sie ist aber Voraussetzung für ein gemeinsames Handlungskonzept, das — wie die Frage der Sanktionen gegenüber der Sowjetunion zeigt — bitter notwendig ist.

Seit eineinhalb Jahren mußte die Allianz mit einer Zuspitzung der Krise in Polen rechnen und kann auch heute noch keine direkte sowjetische Intervention ausschließen. Dennoch vermittelt der Westen bis heute ein Bild der Zerstrittenheit und der Hilflosigkeit. Immer weniger stehen die Ereignisse in Afghanistan, in Polen und die Verfolgungen von Bürgerrechtler in fast allen Warschauer-Pakt-Staaten im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, sondern immer mehr das kleinliche Gezeiter der Bündnispartner. Damit bleibt die Sowjetunion weiter in der politischen Offensive und der Westen in der hilflosen Defensive.

③ Ich darf noch einmal daran erinnern, daß die gemeinsame Entschließung des Bundestages vom 18. Dezember 1981 eine Initiative unserer Fraktion war. Wenn sich der Bundeskanzler ihrer plötzlich drei Wochen später in Washington erinnert und als seine Leistung verkündet, so nehmen wir das auf der einen Seite mit Genugtuung zur Kenntnis; es war andererseits auch überfällig.

Wir bestehen auf den drei Forderungen gegenüber Polen:

Aufhebung des Kriegsrechts,
Freilassung aller Verhafteten und
Fortsetzung des Reformprozesses.

Die Entwicklung in Polen gibt keinen Anlaß zum Optimismus. Die sehr deutlichen Erklärungen des polnischen Primas Glemp und des Papstes sprechen von einer Verschlechterung der Lage in Polen. Wir haben keinen Anlaß, dazu zu schweigen. Im Gegenteil. Die politischen Führungen in Moskau und Warschau müssen wissen, daß auch sie einen politischen und wirtschaftlichen Preis zu zahlen haben, wenn sie den Reformprozeß in Polen erstickten und die Menschenrechte einmal mehr unterdrücken.

Wir lassen uns nicht von der Formel der Nichteinmischung in die inneren Verhält-

nisse mundtot machen. In der KSZE-Schlußakte von Helsinki und in zahlreichen UNO-Deklarationen wird die Einhaltung der Menschenrechte für alle gefordert. Wir sind nicht bereit zuzulassen, daß sich jeder nur die Punkte aussucht, die in seine Politik passen und die anderen vergessen machen will.

Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung in der freien Welt gegen das Unrecht in Polen und gegen die Aggressionspolitik der Sowjetunion bleibt ein unverzichtbares Instrument westlicher Politik. Alle Bürgerrechtler aus den kommunistischen Staaten bestätigen uns das immer wieder.

Wenn Bundesregierung, SPD/FDP und der DGB aus reiner Opportunität schweigen oder die Ereignisse herunterspielen, um irgendwelcher Entspannungswillusionen wegen und über alles den Mantel des Verständnisses decken, müssen wir dieses Verhalten öffentlich anprangern. Für uns kann nicht weniger gelten als für den französischen Premierminister Mauroy, der am 23. Dezember 1981 sagte:

„Die französische Regierung ist entschlossen, sich nicht dem Gesetz des Schweigens zu unterwerfen, hinter dem sich alle ‚Normalisierungen‘ zu verstecken suchen.“

Arbeitslosigkeit

Der innenpolitische Schwerpunkt unserer Arbeit bleibt das Thema Arbeitslosigkeit. Zum wiederholten Male haben wir von Bundeskanzler Schmidt, SPD/FDP und DGB gehört, daß ihre große Sorge der Be seitigung der Arbeitslosigkeit gehört. Seit 1975 überschreitet die Arbeitslosigkeit zum Jahresende die Millionengrenze, inzwischen also bereits zum siebten Mal. Im Ruhrgebiet liegt die Arbeitslosigkeit bei 9,1 Prozent.

Doch die sogenannte Arbeiterpartei SPD tut nichts, und was tut der DGB bzw. was

hätte er vergleichsweise bei einer CDU/CSU-Regierung getan?

Wir müssen diesen sozialen Skandal unablässig anprangern und das Versagen der Bundesregierung herausstellen. Die Verantwortung darf jetzt nicht auf die CDU/CSU abgewälzt werden, indem nach einer Überkoalition oder Allparteienkoalition gerufen wird.

Landtagswahlen

Angesichts der vier Landtagswahlen in Niedersachsen, Hamburg, Hessen und Bayern und der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein müssen wir jetzt voll in den Angriff übergehen.

Uns nützt keine Anpassung, keine Leistetrei, kein heimliches Mitregieren oder Nachlaufen, um einen Regierungswechsel herbeizuführen.

Ich erwarte deshalb von allen den vollen persönlichen Einsatz und zwar für die Sache und für die Union.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Erklärung der Bundesregierung vom 14. Januar 1982

Der Bundestag wolle beschließen:

1 Der Deutsche Bundestag hat am 18. Dezember 1981 an die polnische Militärregierung appelliert, die Inhaftierten freizulassen, die durch den Reform- und Erneuerungskurs erreichten Freiheiten wiederherzustellen und den Dialog mit der Kirche und der Gewerkschaft wiederzunehmen. Mehr als einen Monat nach Verhängung des Kriegsrechts haben die Machthaber in Polen diese Forderungen nicht erfüllt.

2 Im Gegenteil: statt dessen werden in zahlreichen Fällen über die Inhaftierten langjährige Haftstrafen verhängt, wird die Abschiebung von Gefangenen in das Aus-

land angedroht und bleibt jedes Anzeichen für eine Wiederaufnahme des Reform- und Erneuerungskurses aus. Der Deutsche Bundestag teilt deshalb die tiefe Besorgnis der Kirche in Polen über diese Entwicklung.

3 Entgegen den Erklärungen General Jaruzelskis und des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski bei dessen Besuch in Bonn am 30./31. Dezember 1981 dauern somit in Polen die Unterdrückung und die Verletzung der elementarsten Menschen- und Bürgerrechte unter Mißachtung der Schlußakte von Helsinki, der Charta der Vereinten Nationen und der allgemeinen Menschenrechtserklärung unverändert und unvermindert an.

4 Der Deutsche Bundestag fordert vor dem Hintergrund der seitherigen Entwicklung nunmehr die Bundesregierung auf, Wirtschafts- und Finanzhilfe an die Volksrepublik Polen so lange auszusetzen, wie die Unterdrückungsmaßnahmen des derzeitigen Regimes anhalten.

5 Die Sowjetunion trägt für die Lage in Polen und für die weitere Entwicklung eine schwere Verantwortung. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß bei Andauern der Unterdrückung in Polen ernste Folgen für einen dauerhaften Frieden dienende Entspannung und für die Zusammenarbeit zwischen Ost und West unvermeidlich sind. Er appelliert daher an die Bundesregierung, bei weiterer Nichteinhaltung der Zusagen zur Wiederherstellung des Reformkurses und der Freilassung der Inhaftierten in Abstimmung mit den USA und unseren anderen Verbündeten stufenweise geeignete politische, wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen auch gegen die Sowjetunion zu ergreifen.

6 Der Deutsche Bundestag erneuert seine eindringliche Bitte an alle Bürger unseres Landes, Solidarität zu beweisen und die direkte humanitäre Hilfe zugunsten der polnischen Bevölkerung fortzuführen.

Wortlaut der gemeinsamen Entschließung vom 18. Dezember 1981

Auf Initiative der CDU/CSU beschloß der Deutsche Bundestag am 18. Dezember 1981 folgenden Antrag zur Entwicklung in Polen, den Rainer Barzel wie folgt begründete:

„Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages hat am 17. Dezember d. J. gemeinsam mit dem Auswärtigen Ausschuß des Bundesrates getagt. Dies geschah zum letzten Mal im Jahre 1963. Ich verweise darauf, weil dieser Vorgang bereits für sich spricht und die Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen unterstreicht.“

Der Text des Beschlusses lautet:

1. Der Deutsche Bundestag verfolgt mit wachsender Besorgnis die Entwicklung in und um Polen und er bekundet in diesem schicksalhaften Augenblick seine Solidarität mit dem leidgeprüften polnischen Volk und seinem Ringen um Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

2. Er appelliert an die polnische Militärregierung, ihre Glaubwürdigkeit zu beweisen durch Freilassung aller Inhaftierten, durch Wiederherstellung der durch den Reform- und Erneuerungskurs erreichten Freiheiten, durch Wiederaufnahme des Dialogs mit den reformwilligen und patriotischen Kräften des polnischen Volks.

3. Die seit August 1980 wirksame polnische Reform- und Erneuerungsbewegung für Menschenwürde, Arbeiterrechte und nationale Selbstbestimmung wird derzeit niedergeschlagen. Der seit dem 13. Dezember 1981 gewaltsam abgebrochene Dialog der polnischen Patrioten, der sich

auf die internationalen Menschenrechtsakte und auf die Schlußakte von Helsinki berufen konnte, muß wieder aufgenommen werden, er darf nicht scheitern.

4. Entgegen dem grundsätzlichen Bekenntnis General Jaruzelskis zum polnischen Reformkurs werden derzeit in Wirklichkeit die Führer der jungen Arbeiter- und Bauerngewerkschaften, der Wissenschaftler und Studenten zu Tausenden verhaftet. Der freie Ausdruck des Volkswillens wird unterdrückt, Gewalt wird angewendet.

5. Der Deutsche Bundestag erinnert an die strikte völkerrechtliche Verpflichtung aller Staaten, insbesondere der Unterzeichner der KSZE-Schlußakte, zur Nichteinmischung und zur Achtung der Souveränität aller Staaten im Interesse von Sicherheit, Zusammenarbeit und Frieden in Europa. Er verfolgt deshalb mit ebenso großer Besorgnis das anwachsende propagandistische Kesseltreiben gegen den polnischen Reformkurs und die offenen oder versteckten Gewaltandrohungen gegen die polnische Unabhängigkeit von außen.

6. Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Bürger unseres Landes, an die Gewerkschaften und Parteien, an die Kirchen, an die karitativen und humanitären Organisationen, an die Jugend, gerade jetzt dem notleidenden polnischen Volk jene mitmenschliche und moralische Solidarität zu bekunden und jene materielle Hilfe gegen Hunger, Not und Kälte zu leisten, die dieses Nachbarvolk heute so dringend braucht und verdient.

7. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, staatliche Wirtschaftshilfe an die Volksrepublik Polen solange offenzulassen und auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft darauf hinzuwirken, wie die Unterdrückungsmaßnahmen des derzeitigen Regimes gegen das polnische Volk anhalten.

KOALITION

Bonn hilflos: Nichts wie Steuererhöhungen

Die von Bundesfinanzminister Matthöfer erwogene nochmalige Erhöhung der Mineralölsteuer sei skandalös, erklärte Reinhold Kreile, Obmann der CDU/CSU im Finanzausschuß des Bundestages: Die Steuererhöhungspläne Matthöfers entlarvten mehr als die offiziellen Haushaltszahlen die weiterhin desolate Lage der Bundesfinanzen.

Eine nochmalige Benzinsteuererhöhung würde erneut die Arbeitnehmer belasten und vor allem die strukturschwachen ländlichen Gebiete treffen. Unter einer fiskalischen Verteuerung von Heizöl und Erdgas müßten vor allem die einkommenschwachen Gruppen, die Rentnerhaushalte und kinderreichen Familien, leiden.

Apel verhindert sachliche Information der Bürger

Zu den Angaben des Bundesministeriums der Verteidigung, das Weißbuch zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung erst im Frühjahr 1983 vorzulegen, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter-Kurt Würzbach: Die CDU/CSU-Fraktion teile die harte Kritik der FDP an dieser Terminverschiebung.

Offenbar scheut Apel, der Öffentlichkeit die Wahrheit über seine finanzielle Mißwirtschaft, seine Personalplanung und insbesondere über die sowjetische Rüstung ungeschminkt zu offenbaren. Wieder einmal geht er den Weg des geringsten Widerstandes, um damit insbesondere einem Krach mit seiner SPD-Linken aus dem Wege zu gehen, die die sowjetische Rüstung als „defensiv“ beschreibt, sie im-

mer wieder herunterspielt und verniedlicht und die gegen die NATO-Verteidigungsanstrengungen agiert.

Nur mit mehr sachlichen Informationen kann die Bevölkerung von der Notwendigkeit der Verteidigungsausgaben und des NATO-Doppelbeschlusses überzeugt werden. Informationen sollen Emotionen verdrängen und eine sachliche Auseinandersetzung um Rüstung und Abrüstung ermöglichen.

Erneuter Schlag Baums gegen die innere Sicherheit

Zu den Plänen der Bundesminister Baum und Schmude, das Kontaktsperrgesetz zu lockern, erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Benno Erhard:

Was der Bundesinnenminister liberale Rechtsstaatspolitik nennt, gleicht immer mehr einem Kurs mit starker linker Schlagseite. 1981 wurden die der Bekämpfung des Terrorismus dienenden §§ 88a und 130a aus dem Strafgesetzbuch gestrichen, die erst 1976 neu geschaffen worden waren, um eine von der Bundesregierung und allen Fraktionen festgestellte Strafrechtslücke zu schließen. Jetzt soll aus angeblich „rechtsstaatlichen Erwägungen“ auch das Kontaktsperrgesetz gelockert werden, dessen Notwendigkeit die Bundesregierung noch 1980 als „vor allem auch ein Gebot der Rechtsstaatlichkeit“ begründet hat.

Für eine Lockerung des Kontaktsperrgesetzes besteht sachlich nicht die geringste Veranlassung. Die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz ist im übrigen vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bekräftigt worden; die Europäische Kommission für Menschenrechte hat Beschwerden gegen angeordnete Kontaktsperrungen als offensichtlich unbegründet zurückgewiesen. Laut Mitteilung der Bundesregierung sind konkrete Beeinträchtigungen

der Verteidigung, die sich verfahrensmäßig ausgewirkt hätten, nicht aufgetreten; hingegen wurde durch Maßnahmen nach dem Kontaktsperrgesetz verhindert, daß „weitere Aktionen von inhaftierten Terroristen aus den Strafanstalten heraus gesteuert werden könnten“.

Zickzackkurs in der Forschungspolitik dauert an

Zu der von der Bundesregierung vorgesehenen Einschränkung der Personalkostenzuschüsse für Forschung und Entwicklung erklärte der Obmann der CDU/CSU im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie, Christian Lenzner, diese sei ein weiterer Beweis dafür, daß sich die Bundesregierung in der Forschungspolitik nicht von einer klaren Konzeption leiten lasse, sondern von der Hand in den Mund lebe.

Mit der Senkung der Grenzen für die Antragsberechtigung fallen ca. 900 Betriebe, die etwa 30 % der Mittel in Anspruch genommen haben, aus der Förderung heraus. Besonders gravierend ist die Senkung des Förderhöchstbetrages von 400 000 DM auf 120 000 DM. Wichtige Maßnahmen werden mit dieser Summe nicht mehr im entsprechenden Umfang unterstützt.

Wenn man bedenkt, daß 1981 ca. 50 % der 6 756 Anträge aus den im harten internationalen Wettbewerb stehenden Branchen Maschinenbau und Elektrotechnik kamen, wird hier der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die in besonderem Maße von ihrer Forschungs- und Innovationsfähigkeit abhängt, ein schwerer Schlag versetzt.

FDP-Linke probten den Aufstand

Tiefe Verärgerung in der FDP-Spitze haben Pläne der Parteilinken ausgelöst, am 27. und 28. Februar im liberalen Bildungs-

werk in Köln eine Veranstaltung zu organisieren, die sich inhaltlich frontal und ausdrücklich gegen die Politik von FDP-Chef Genscher und Wirtschaftsminister Lambsdorff richtet. Geplant ist ein Zusammenschluß im Stil der parlamentarischen Linken der SPD auf Parteilebene, vielleicht sogar als eine eigene Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der FDP.

In Köln sollen die abweichenden Meinungen organisiert werden. Angesprochen wurden vor allem die 1 600 Parteimitglieder, die vor einem dreiviertel Jahr den Aufruf William Borns gegen den NATO-Doppelbeschuß unterschrieben haben. Auch die Gewerkschafter in der FDP, so sind sich die Linken sicher, „sind sauer auf die Politik des Grafen Lambsdorff“. 20 v. H. der 80 000 FDP-Mitglieder seien Gewerkschafter und von diesen 16 000 seien immerhin 2 000 Gewerkschaftsfunktionäre.

Parteibuch-Dilettanten in Lufthansa-Vorstand

Das Pokerspiel um die vorzeitige Ablösung von Lufthansa-Chef Herbert Culmann und die Neubesetzung des Vorstandspostens scheint dem Höhepunkt zuzustreben. Bisher agierten und taktierten die Genossen um den Gewerkschaftsbankier und Lufthansa-Aufsichtsratsvorsitzenden Walter Hesselbach eher verdeckt, um ihren Parteikollegen und Lufthansa-Vorstandsspiranten Heinz Ruhnau auf den von ihm gewünschten Posten zu hieven.

Der Unionsabgeordnete Dirk Fischer macht jetzt darauf aufmerksam, daß mit der jüngsten Antwort auf schriftliche Fragen an die Bundesregierung zu diesen äußerst dubiosen Geschehnissen Verkehrsminister Hauff erstmals in die Offensive geht. Mit einer Lobeshymne auf seinen Staatssekretär versuchte er, Ruhnaus angebliche Qualifikation für den Vorstandsposten künstlich anzupreisen.

■ ARBEITSLOSIGKEIT

Zahl der Arbeitslosen wird auch im Januar weiter ansteigen

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf über 1,7 Millionen bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der offenen Stellen auf einen nie gekannten Tiefpunkt von nur 118 000 ist das Ergebnis des wirtschaftspolitischen Versagens der SPD und FDP.

Nachfolgend die Stellungnahme des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, MdB Heinz Franke:

1. Der extrem hohe Stand der Zahl der Arbeitslosen im Dezember 1981 erfaßt noch nicht die große Zahl der Entlassungen zum Jahresende. Es ist leider zu befürchten, daß es im Januar 1982 noch einmal einen kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit geben wird.
2. Der neue Höchststand der Zahl der Arbeitslosen ist nur teilweise auf konjunkturelle und saisonale Einflüsse zurückzuführen. Im wesentlichen ist die Bundesrepublik Deutschland seit langem mit einer unvertretbar hohen strukturellen Arbeitslosigkeit konfrontiert:

- Bereits seit 1975 — also inzwischen zum siebtenmal — überschreitet die Arbeitslosigkeit zum Jahresende die Millionengrenze,

- Seit nunmehr sieben Jahren liegt auch die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen über oder nur knapp unter der Millionengrenze.

Auch deshalb ist die Arbeitslosigkeit jetzt so extrem hoch, weil in der konjunkturrell günstigeren Phase zwischen 1978 und 1980 die Chancen für eine arbeitsmarkt-

politische Konsolidierung nicht genutzt wurden.

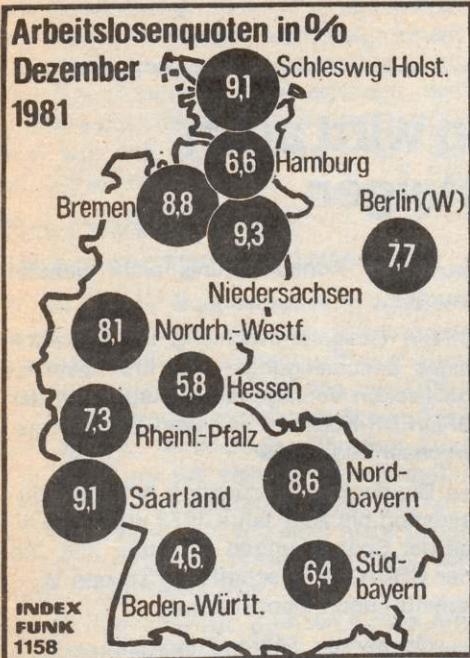
3. Die Gesamtentwicklung ist Ausdruck eines beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Versagens der Regierung der SPD/FDP-Koalition seit dem Regierungswechsel Ende 1969:

- Die noch recht günstige Arbeitsmarktsituation bis zum Jahre 1973 war noch eine der Spätwirkungen der unter Führung der CDU/CSU geschaffenen soliden Wirtschafts- und Finanzstruktur;

- die bereits während des Jahres 1973 rasch ansteigende Arbeitslosigkeit war nur zum Teil Folge der Ölverteuerung und einer leichten konjunkturellen Abschwächung, in erheblichem Umfang aber schon die Folgewirkung einer unsoliden Finanzpolitik des Bundes, die bereits 1972 begann und dann kontinuierlich in unvertretbarer Weise der Wirtschaft Mittel für Ausweitungs- und Rationalisierungsinvestitionen entzogen hat;

- fehlende beschäftigungspolitische Flexibilität führt jetzt außerdem zur Unfähigkeit, starke Jahrgänge von Abgängern aus dem Bildungssystem in den Erwerbsprozeß einzugliedern.

4. Das am 1. Januar 1982 wirksam gewordene Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgebet, das wegen seiner arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Unausgewogenheit von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgelehnt worden ist, wird den Arbeitsmarkt schon bald zusätzlich dadurch belasten, daß selbst vernünftigen



Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für bis-her 40 000 Menschen die gesetzlichen wie auch finanziellen Grundlagen entzogen worden sind. Mittelfristig werden sich auch die verschlechterten Bedingungen für Berufsförderungs- und Rehabilitationsmaßnahmen negativ auswirken, weil trotz insgesamt steigender Arbeitslosigkeit der Fehlbedarf an Arbeitskräften in einer gro-ßen Zahl von Berufen noch anwachsen dürfte. Diese Entwicklung ist eine der schlimmen Folgen davon, daß die SPD/FDP-Koalition finanzpolitisch bereits mit der Zahlung von Unterstützungen an Arbeitslose überfordert ist und nicht mehr die Kraft für eine Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik aufbringt, durch die Arbeitslose wieder in ausreichender Zahl in das Erwerbsleben eingegliedert werden könnten. Was haben besonders aus der SPD geforderte Beschäftigungsförde- rungsprogramme für einen Sinn, wenn bisherige gesetzliche Maßnahmen der Ar-

beitsförderung nach dem AFG abgebaut worden sind?

5. Nicht nur die derzeitige Situation, sondern vielmehr noch die absehbaren Perspektiven der Politik der SPD/FDP-Koalition lassen befürchten, daß für viele Arbeitslose kaum Hoffnung auf Eingliederung in das Erwerbsleben besteht. Dazu gehören Behinderte, Arbeitslose mit geringerer oder nicht mehr genügend gefragter Ausbildung, jüngere Menschen, die trotz qualifizierter Ausbildung bis hin zu akademischen Berufen nicht vom Ausbildungs- in das Beschäftigungsprogramm übergeleitet werden können, ausländische Arbeitnehmer. Die Arbeitslosigkeit bringt große soziale und persönliche Probleme für die betroffenen Menschen, zunehmend für viele junge Menschen, Frauen und ältere Mitbürger.

Koalition hat keine Kraft zur fälligen Wende

6. Angesichts der gegebenen Lage sind Appelle beispielsweise des Bundesfinanzministers, es müßten in den nächsten Jahren 2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, wenig hilfreich, wenn sich in der Realität der Prozeß der Vernichtung von Arbeitsplätzen wegen ungünstiger Kostenstrukturen mehr und mehr verschärft. Wenn es der Regierung der SPD/FDP-Koalition nicht einmal mehr gelingt, im Zusammenwirken mit den Sozialpartnern der Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit auch von Milliardenwerten entgegenzuarbeiten, wird sie auch kaum die Kraft zur Schaffung neuer Arbeitsplätze aufbringen, solange sie potentiellen Investoren die dafür erforderlichen Finanzmassen durch nach wie vor überzogene Staatsverschuldung für Konsumausgaben wegnimmt.

■ WOHNUNGSBAU

Initiativen für eine zeitgerechte Wohnungspolitik

Der Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau der CDU hat eine Reihe von Ergänzungswünschen zum „Wohnungsbaupolitischen Programm der CDU“, Beschuß des 29. Bundesparteitages vom 10. März 1981, diskutiert, die von Bundesvereinigungen und Kreisverbänden vorgelegt worden sind.

Dabei faßte der Bundesfachausschuß zwei Beschlüsse zur Sanierung und Instandhaltung von Wohnraum:

1. Die Sanierungs- und Entwicklungsgebiete sind erheblich zu verkleinern. Es muß eine Konzentration der Sanierungsmaßnahmen auf jeweils eine möglichst kleine Planungseinheit erfolgen, damit ein schneller Ablauf und damit die Vermeidung von Leerständen und Verslumung ganzer Stadtviertel gewährleistet werden kann. Die Sanierung hat nicht das Ziel, unbedingt kostentreibenden Neubaustandard zu erreichen. Die Innenausstattung der Wohnungen kann gegebenenfalls durch Mietermodernisierungen verbessert werden.

2. Damit die Verpflichtung zu ordnungsgemäßer Instandhaltung von Wohnraum besser durchsetzbar wird und die kleine Zahl derjenigen Hausbesitzer, die ihre Eigentumspflichten nicht ernst nehmen ohne Diskriminierung der übrigen an die Sozialbindung von Eigentum nachhaltig erinnert werden, hat jeder Vermieter eine einkommensteuerfreie Instandhaltungsrücklage einzurichten, auf die ein Teil der Miet-

erträge einzuzahlen ist, der für Instandhaltungsmaßnahmen verwendet werden muß.

Ebenfalls befaßte sich der Bundesfachausschuß mit dem sozialen Wohnungsbau für Familien mit Kindern und faßte hierzu folgenden Beschuß:

„Im sozialen Wohnungsbau gibt es zu wenig kindgerechte Wohnungen. Kindliche Aktivitäten werden durch Wohnverhältnisse beeinträchtigt. Die Wohnung hat für die Entwicklung des Kindes jedoch entscheidende Bedeutung, da sie in den frühen Lebensjahren sein gesamter Lebensraum ist. Der Anteil größerer Wohnungen in Neubaugebieten ist zu klein. Daher sind künftig in größeren Wohnkomplexen Wohnungen für kinderreiche Familien einzuplanen (5 oder mehr Zimmer).“

Damit unterbelegte Wohnungen für größere Familien frei werden, beschloß der Bundesfachausschuß:

„Die Bereitschaft der Mieter, infolge geänderter Bedingungen in kleinere Wohnungen zu ziehen, soll durch gezielte Hilfen gefördert werden.“

In seiner weiteren Arbeit wird sich der Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau der CDU mit der Frage der Wiedereinführung des steuerfreien Sozialpfandbriefes als Anreiz für Investitionen im Wohnungsbau und mit der Frage befassen, wie Mieter, die erhebliche Summen in die Modernisierung ihrer Wohnungen investieren, für den Fall ihres Auszuges geschützt werden können.

■ VERFASSUNGS- FEINDE

Urteil klärt Beamtenpflichten

Das Bundesverwaltungsgericht hat als oberste Disziplinarinstanz des Bundes mit seiner Entscheidung, die zur Entlassung des Fernmeldehauptsekretärs Peter aus dem Beamtenverhältnis führte, bemerkenswerte und eindeutige Feststellungen getroffen. Sie sind von grundsätzlicher Bedeutung für die künftige Behandlung des umstrittenen Extremistenproblems.

Aus der jetzt vorliegenden vollständigen Urteilsbegründung ergibt sich — wie der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spranger, feststellte — folgender Sachverhalt:

- ① Die politische Treuepflicht des Beamten fordert, daß dieser sich eindeutig von verfassungsfeindlichen Gruppen und Bestrebungen distanziert und sich aktiv für die Verfassung einsetzt.
- ② Diese Treuepflicht gilt für jedes Beamtenverhältnis. Eine Differenzierung je nach Art der dienstlichen Obliegenheiten — zum Beispiel Lokomotivführer — ist weder nach den geltenden Gesetzen noch nach der Verfassung zulässig.
- ③ Die DKP ist eine verfassungsfeindliche Partei. Sie hat das Vermächtnis der KPD übernommen. Pflichtwidrige Aktivitäten eines Beamten für die DKP müssen zur Entlassung aus dem Beamtenverhältnis führen.
- ④ Die Gewähr der Verfassungstreue ist ein persönliches Eignungselement, das — wie zum Beispiel die Gesundheit — bei jedem Beamten vorliegen muß.

Damit steht fest, daß die Bundesregierung in mehreren Punkten nicht in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht handelt:

— Durch die Abschaffung der sogenannten Regelanfrage im Jahre 1979 hat die Bundesregierung praktisch bei den Bewerbern für den öffentlichen Dienst auf die Nachprüfung des persönlichen Eignungsmerkmals der Verfassungstreue verzichtet.

— Die in der Regierungserklärung vom 24. November 1980 verkündete Absicht „die Anforderungen (bei der Prüfung der Verfassungstreue) nach den unterschiedlichen Funktionen“ zu differenzieren, steht eindeutig im Widerspruch zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamteniums (Artikel 33, Absatz 5 des Grundgesetzes).

— Die Bundesregierung hat jahrelang Beamte beschäftigt, die sich aktiv für eine verfassungsfeindliche Partei einsetzen, ohne etwas zu unternehmen.

Dieses Urteil muß der Anlaß sein, die jahrelangen Unterlassungen und Fehlentscheidungen der Bundesregierung und von SPD und FDP auf diesem Gebiet zu revidieren. Niemand will angepaßte und duckmäuserische Beamte, wie es zum Beispiel von den Anhängern der sogenannten Berufsverbote kampagne diffamiert behauptet wird. Wir lehnen aber strikt Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst ab. Das Bundesverwaltungsgericht hat auch eindeutig die falsche Behauptung widerlegt, in den meisten Staaten der westlichen Welt werde liberaler verfahren. Das Gegenteil ist der Fall: Kein anderes Land hat den umfassenden Rechtsschutz wie wir.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt und Bundesinnenminister Baum, die ohne Kenntnis der Entscheidungsgründe vorschnell massive Urteilsschelte geübt haben, sollten dies jetzt zurücknehmen.

■ KA-STIFTUNG

Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich

Das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung bietet 1982 umfangreiche Tagungen zur Aus- und Fortbildung an.

Zu folgenden Tagungsterminen zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich“ sind noch wenige Teilnehmerplätze frei:

**27. 1. bis 30. 1. 1982
31. 1. bis 3. 2. 1982**

Bei den Tagungen wird insbesondere auf die praktische und kreative Mitarbeit der Teilnehmer Wert gelegt. Deshalb stehen auch die praktischen Übungen an erster Stelle im Programm.

Interessenten melden sich bitte umgehend bei der

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Heimvolkshochschule Eichholz
Postfach 29
5047 Wesseling
Telefon (0 22 36) 70 71**

Während des Aufenthaltes im Schloß Eichholz sind die Teilnehmer Gast des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Unterkunft und Verpflegung sind frei. Es wird ein Teilnehmerbeitrag von 60 DM erhoben. Die Fahrtkosten werden in Höhe einer Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn unter Abzug einer Eigenbeteiligung von 20 DM erstattet.

Weitere Seminartermine werden auf Anfrage gerne mitgeteilt.

■ BUNDESPARTEI

Seminare für Mitgliederwerbung

Zur Unterstützung der Mitgliederwerbung in den Verbänden der CDU bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Frühjahr 1982 vier Eineinhalbtagesseminare an.

Der Teilnehmerkreis sollte sich aus Personen zusammensetzen, die in den CDU-Verbänden aufgrund eines Vorstandsbeschlusses gezielte Mitgliederwerbeaktionen durchführen wollen. Es handelt sich also nicht um eine Kontakter-, sondern um eine Aktionsleiterschulung.

Folgende Termine sind vorgesehen:

**10. 2. bis 11. 2. 1982
11. 2. bis 12. 2. 1982
7. 3. bis 8. 3. 1982
8. 3. bis 9. 3. 1982**

Die Seminare beginnen jeweils am ersten Tag um 17 Uhr und enden am zweiten Tag um 18 Uhr.

Falls Sie sich zunächst näher informieren wollen bzw. sich direkt zu den Seminaren anmelden möchten, wenden Sie sich bitte an:

**CDU-Bundesgeschäftsstelle
Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1**

Der Veranstaltungsort liegt im Großraum Bonn. Unterkunft und Verpflegung sind frei. Fahrtkosten werden bei einer Eigenbeteiligung von 20 DM ersetzt (2. Klasse der Deutschen Bundesbahn). Der Teilnehmerbeitrag beträgt 30 DM.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

- 18. 1. **CDU — Bund**
Präsidium, Bonn
- 18. 1. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
- 27. 1. **KPV — Bund**
Bundesvorstand und
Hauptausschuß, Bonn
- 23./24. 1. **CDA Hessen**
Landeskonferenz DAG-AG
- 29./30. 1. **CDA NRW**
DGB-Landesbezirkskonferenz
- 29./30. 1. **CDA — Bund**
Geschäftsführender Bundes-
vorstand und Bundesvorstand
Königswinter
- 30. 1. **LV Hessen**
Landesparteitag
Dreieichen-Sprendlingen
- 30. 1. **CDA Westfalen-Lippe**
Landesbetriebsgruppen-
konferenz, Dortmund
- 5./6. 2. **CDA Hessen**
Landesbezirkskonferenz
DGB-Hessen
- 6. 2. **CDA Bremen**
Landesfachtagung
„Industrieeansiedlung“
- 8. 2. **CDU — Bund**
Präsidium, Bonn
- 12./13. 2. **CDA Hessen**

- Gesamtvorstand DGB-AG*
Limburg
- 13. 2. **CDA Hannover**
Betriebsrätetagung
Hannover
- 25./26. 2. **CDA — Bund**
Sozialsekretärskonferenz
Königswinter
- 27. 2. **CDA Rheinland**
Bezirksdelegiertenkonferenz
„Niederrhein“, Krefeld
- 8. 3. **CDU — Bund**
Präsidium, Bonn
- 8. 3. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
- 12./13. 3. **CDA — Bund**
Geschäftsführender Bundes-
vorstand und Bundesvorstand
Königswinter
- 13. 3. **CDA Westfalen-Lippe**
Bezirkstagung Westfälisches
Industriegebiet
Castrop-Rauxel
- 16./17. 3. **KPV — Bund**
Bundesvorstand und
Hauptausschuß, Düsseldorf
- 19./20. 3. **CDA Hessen**
Landestagung, Wiesbaden
- 20. 3. **CDA Rheinland**
Hauptversammlung
Düsseldorf
- 22. 3. **CDU — Bund**
Präsidium, Bonn
- 22. 3. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparcasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.